

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

25.7.1924 (No. 172)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. M. S.
Karlsruhe

Wegzugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifrester Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anstehende Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontrodorsverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Exzesse, Auspörrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder telephonischer Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfluß erfolgen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Wirtschaftliche Umschau

In London, wo es sich um nichts weniger handelt, als um die Einleitung der Sanierung Deutschlands und Europas, um die Wiederherstellung der europäischen Kreditfähigkeit und des europäischen Kreditapparates ist eine ernste Krise eingetreten, weil der französische Ministerpräsident, gehoramt der von Poincaré geführten Senatsmehrheit, nicht nur auf seinem Schein, dem Vertrag von Versailles besteht, sondern darüber hinaus auch „Sanktions“-Rechte in Anspruch nimmt und die Geldgeber Europas, die amerikanischen Bankiers, sich weigern zu helfen, falls nicht sichere Garantien dagegen geschaffen werden, daß von Frankreich plötzlich eingeleitete „Sanktionen“ alles über den Haufen werfen. Daß auch Deutschland den bisher in dieser Angelegenheit gefundenen „Formulierungen“ nicht zustimmen kann, ist bereits deutlich zum Ausdruck gebracht worden, ebenso ist deutscherseits die Forderung gestellt worden, daß Deutschland als gleichberechtigter Partner bei der endgültigen Entscheidung mitzuwirken habe. Deutschland, das seinen guten Willen immer wieder gezeigt hat und „Reparationen“ nach allen seinen Kräften leisten will und auch bereits geleistet hat, kann trotz aller Gefahren, die ein Scheitern der Konferenz mit sich brächte, nicht weiter gehen als seine Möglichkeiten es zulassen, nicht ein zweites Diktat von Versailles annehmen, nicht noch einmal Unmögliches unterschreiben.

Wie ernst die Finanzlage im Reich weiterhin ist, zeigen die Ausführungen des Reichsfinanzministers, der sich gegen eine gewisse Sorglosigkeit des Publikums und gewisse Unterlassungssünden der Steuerzahler wandte. Eine allgemeine Steuerfindung ist ausgeschlossen, wenn auch bei den Besitzsteuern nach wirtschaftlich vertretbaren Grundätzen in einzelnen Fällen Erleichterungen bewilligt werden können. Das Reich hat ja bisher u. a. mit besonderen einmaligen Einnahmen gewirtschaftet, wie den Rentenbankkrediten, den Abschlußzahlungen auf die Einkommensteuer der beiden Vorjahre usw., was jedoch alles bis zum Herbst verbraucht sein wird. Dann sei man auf die laufenden Steuereinnahmen angewiesen, die jedoch die Ausgaben nicht decken. Nicht besser steht es in den Ländern. Was Baden anlangt, haben wir bereits im Landtag durch den Mund des Staatspräsidenten und Finanzministers Dr. Köhler gehört, daß unsere Finanzlage u. a. im Hinblick auf die Erhebung der Umsatzsteuer und den Verfall der gewerblichen Betriebsvermögen durchaus nicht günstige Aussichten gewährt. Die Aufrechterhaltung der Stabilität der Währung wird aber nur gelingen, wenn die eingeleitete Ordnung der Staatsfinanzen sich aufrechterhalten läßt.

Ein Lichtblick ist es, daß langsam allenthalben wieder Vertrauen, wenn auch nicht immer ganz freiwillig, zurückkehren beginnt. So zeigt die letzte Reichsbankausweis einen nicht unerheblichen Goldzufluß an die Reichsbank, deren Goldbestand Mitte Juli 469,4 Millionen betrug. Dieser Zufluß stammt nicht aus systematischen Käufen, sondern stellt einen laufenden Zufluß von Goldmünzen aller Art dar, die vom Publikum direkt oder auf dem Weg über den Goldhandel der Reichsbank angeboten worden sind. Dazu kommt, daß auch der Devisenbestand der Reichsbank eine Erhöhung auf 842,4 Millionen aufweist.

Schlimm sieht es nach wie vor weiter in der Privatwirtschaft aus, die zwar zum Teil noch über Reserven verfügt — das zeigen die immer noch erfolgenden Devisenverkäufe — die aber in allerweitestem Umfang als notleidend betrachtet werden muß. Die Arbeitslosenziffern beginnen wieder zu steigen, die Verhandlungen von Geschäftsaussichten und von Konkursen nehmen kein Ende, aus der ersten Nachinflationszeit mit ihren allzureichlichen Krediten laufen noch Bestellungen, die nicht bezahlt werden können, überall fehlt es unserer blutarmen Wirtschaft.

In diesem Zusammenhang ist es ein Trost, daß Reichsbankpräsident Dr. Schacht sich kürzlich in der Frage der Kreditpolitik entgegenkommender äußern konnte. Bereits wird von Volkswirtschaftlern darauf hingewiesen, daß infolge des dauernden Abfließens der während der Inflationszeit in Deutschland angefallenen ausländischen Zahlungsmittel, der gesamte Banknotenumlauf für die deutsche Wirtschaft zu klein werde und daß der Umlauf deshalb erhöht werden müsse und könne, zumal auch die Deckungsmittel der Reichsbank, Devisen und Gold, sich erheblich vermehrt hätten. Es wäre dies allerdings

eine gefährliche Maßnahme, die nur nach sorgfältigster Prüfung ins Auge gefaßt werden könnte. Unserer Währung fehlt der stabile Unterbau, den sie als Goldwährung vor dem Krieg hatte und demgemäß auch ein System, das bei geeigneter Sanierung automatisch die Stabilisierung der Währung gewährleistet.

Deutschlands wirtschaftspolitische Situation ist dieser Tage vom Reichswirtschaftsminister Hamm dahin gekennzeichnet worden, daß gerade Deutschland an einer stärksten Verflechtung mit der Weltwirtschaft und am ungehinderten Austausch der Güter interessiert sei. Deutschland habe, durch den Versailler Vertrag gezwungen, den Ententestaaten das Recht der einseitigen Meistbegünstigung gewähren müssen, deutsche Waren aber seien andererseits in den meisten Ländern Sonderzöllen, Einfuhrbeschränkungen und verboten unterworfen. Deutschland könne im eigenen Interesse gar keine Hochschuttpolitik treiben, die ja die Folge hätte, daß sich die übrigen Länder noch mehr gegen uns abschließen, und demgemäß könne auch der neue Zolltarif keine hochschuttpolitischen Tendenzen aufweisen.

Damit hat der Reichswirtschaftsminister in wünschenswerter Klarheit den Standpunkt gekennzeichnet, von dem augenblicklich allein nur die deutsche Zollpolitik ausgehen kann, soll sie nicht Fehler begehen, die uns noch weiter in wirtschaftliche Schwierigkeiten bringen. Gerade hier wird man sich zudem nach den Voraussetzungen richten müssen, man wird nichts Starres und ein für allemal gültig sein Sollendes annehmen dürfen. Ist doch, seitdem die Getreidezollfrage auftauchte, eine wichtige Wendung auf den internationalen Getreidemärkten eingetreten, die sich darin zeigte, daß die Preise auf dem Weltmarkt eine unerwartet starke Aufwärtsbewegung genommen haben, die zum kleinsten Teil auf Spekulationen am Chicagoer Markt zurückzuführen sein mag, in der Hauptache aber wohl auf die Verringerung der Weltenergie. Namentlich Amerika und Kanada hatten während des Krieges die Getreideerzeugung außerordentlich forciert, und nach dem Kriege waren überdies ungewöhnlich günstige Erntenergebnisse in der ganzen Welt zusammengetroffen. Die diesjährigen Erntebereiche aber lauten durchweg wenig günstig, und die russische Ausfuhr ist, zumal dort eine Misernernte droht, nicht instande, dies auszugleichen. Diese Gesichtspunkte werden in den kommenden Zollvorlagen und den darum sich abspielenden Kämpfen sicher nicht vernachlässigt werden dürfen, abgesehen, daß, wie gesagt, wir heute ungleich weniger als vor dem Krieg in der Lage sind, uns auf eine bis zu einem erheblichen Grade geschlossene deutsche Wirtschaftseinheit einzustellen, was damals das Ziel war und eher sein konnte.

Das überfüllte, wertvollste Produktionsgebiete brauchte, von den schweren Reparationslasten bedrückte Deutschland muß einerseits das Ergebnis der Arbeit seiner Köpfe und Hände im Ausland zu verwerten und die dagegen aufgerichteten Barrieren zu beseitigen suchen, muß freilich auch andererseits bemüht sein, die Produktion für den eigenen Bedarf möglichst zu steigern. Beiden Forderungen gerecht zu werden, wird sicher sehr schwierig sein. Es werden alle Wege eingeschlagen werden müssen, um die Produktionsfähigkeit unserer Landwirtschaft zu sichern und zu steigern, dabei wird aber auch darauf gesehen werden müssen, daß wir einmal Lebensmittelpreise behalten, welche ein Konfurrenzieren unserer Industrie mit dem Ausland ermöglichen und daß zweitens unsere Zollpolitik nicht neue, weitere Schranken im Ausland gegen unseren Export hervorruft. Mäßige Getreide- und Agrarzuschüsse können in der Tat nur ein Provisorium aus augenblicklichen Zweckmäßigkeitsgründen sein, wie das der Reichslandwirtschaftsminister kürzlich auch ausgesprochen hat.

Die deutsche Nothilfe

Der Reichsarbeitsauschuß der deutschen Nothilfe trat zu einer Sitzung in Berlin zusammen. Die Vertreter der Behörden, der Länder sowie der freien Wohlfahrtsorganisationen vertraten einstimmig den Standpunkt, daß mit Rücksicht auf die unsicheren wirtschaftlichen Verhältnisse und die in weiten Kreisen noch andauernd vorhandene Not der Organisation der deutschen Nothilfe beizubehalten und ihre charitative Sammelaktivität fortsetzen müsse. Auch die Vertreter des besetzten Gebietes, insbesondere der Vertreter des Kardinal-Erzbischofs von Köln sprachen sich in diesem Sinne aus. Zur Verteilung gelangten rund 300 000 Mark. Hieron wurde über die Hälfte für Nothilfe im besetzten Gebiet ausgeschüttet und insbesondere ein namhafter Betrag zur Unterstützung der Ausgewiesenen bestimmt.

Die Stockung in der Londoner Konferenz

ist noch nicht behoben. In der Sanktionsfrage beharren die amerikanischen Bankiers auf ihrem Standpunkt, ebenso ist auch in der Eisenbahnfrage noch keine Einigung erzielt.

Die Verhandlungsaussichten

W.D. London, 25. Juli. Zu dem gestern nachmittag im Buckinghampalast zu Ehren der in London weilenden Mitglieder der amerikanischen Anwaltsvereinigungen veranstalteten Gartenfest waren auch die vom König geladenen Delegierten der Londoner Konferenz fast vollständig erschienen. Der König unterhielt sich mit den Delegationsführern, so mit Gerriot, Theunis, Kellogg und Stefani, sowie mit manch anderer hervorragenden Persönlichkeit.

Die am Morgen begonnenen Ausschubarbeiten wurden nach dem Gartenfest am Abend wieder aufgenommen. Es ist bisher noch nicht möglich, festzustellen, daß die Verhandlungen durch die gestern zwischen den Konferenzmitgliedern und den Bankiers fortgesetzten Besprechungen fortgeschritten wären. Es läßt sich nur sagen, daß man in Konferenzkreisen voller Zuversicht ist, daß eine Einigung zustande kommen dürfte, die eine genügende Unterstüpfung für das Zustandekommen der 800-Millionen-Anleihe gewährleistet. Die Ausschüsse treten heute wieder zusammen. Es ist wahrscheinlich, daß in der nächsten Woche wieder eine Vollsitzung stattfinden werde. Am Samstag werden die Delegierten voraussichtlich an der Flottenrevue in Spithead teilnehmen.

W.D. Paris, 25. Juli. Der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ in London will voraussagen können, daß bis kommenden Montag in der Frage der Garantien und Sanktionen eine Formel gefunden werde, die nicht wesentlich von der von den Belgiern vorgeschlagenen abweichen werde. In der Frage der Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit habe die zweite Kommission ihre Arbeiten vollendet mit Ausnahme der Frage der 1500 Eisenbahner, die Frankreich und Belgien in den Rheinlanden belassen wolle. Es sei nicht unmöglich, daß man wegen dieser Frage für heute Nachmittag eine Vollsitzung der Konferenz einberufe. — Im übrigen stellen die Pariser Blätter in ihren Berichten aus London fest, daß man in der Angelegenheit der Garantien und Sanktionen, die das erste Komitee verhandelt, gestern keinen Schritt vorwärts gekommen ist.

Ein französische offizielle Äußerung

W.D. Paris, 25. Juli. Wird die Konferenz heute aus der Sadgasse herauskommen, in der sie seit drei Tagen festhielt, so fragt der „Quotidien“, den man sonst allgemein als Gerriot-offiziös bezeichnet. Das Blatt teilt mit, daß der belgische Außenminister Symans nochmals Vorschläge seitens der Belgier vorbringen werde. Die amerikanischen und englischen Bankiers fordern, daß die Alliierten Mächte endgültig auf jede isolierte Aktion zur Anwendung von Sanktionen verzichten. Sie werden keineswegs heute annehmen, was sie gestern abgelehnt hätten. Noch gestern Vormittag hätten sie neue Vorschläge zurückgewiesen, denen zufolge jede Macht sich verpflichten solle, von sich aus nicht allein die Verzinsung und Tilgung, sondern das Kapital der Anleihe selbst zu garantieren, für den Fall, daß sie andere Sanktionen durchführen, als sie das zweite aus 5 Sachverständigen bestehende Komitee vorschlagen würde, dessen Einsetzung Theunis angeregt habe. Vielleicht würde jedoch gewisse Änderungen in dem Text von Theunis die Möglichkeit bieten, die Forderungen der Anleihebesitzer zu befriedigen. Die englischen Delegierten würden hierzu wichtige Vorschläge machen.

Die Frage sei, ob dann die Franzosen, neue Konzeptionen vorzuziehen würden. Auf alle Fälle sei zu fürchten, daß die erste Kommission, falls nicht heute irgend eine neue Katastrophe eintrete, zu keiner wirklichen Verständigung gelangen könne. Von gewisser Seite werde angenommen, daß die Situation sich aus sich selbst heraus entwickeln und es genügen werde, Geduld zu haben, um in einigen Tagen zu einer idealen Lösung zu kommen, die alle befriedige. Es gebe nichts, was weniger sicher sei. Man könne sich sicher verständigen, wenn jede Seite die nötigen Opfer bringe. Von französischer Seite erwarten die alliierten Delegierten keineswegs einen Verzicht auf tatsächliche Rechte und die Opferung wirtschaftlicher Interessen; aber die Welt wolle die Gewißheit haben, daß das Ruhrabenteuer nicht wieder beginnen werde. Hieße es auf unsere nationale Souveränität verzichten — fragt ein Berichterstatter, wenn wir in dieser Hinsicht eine bestimmte Verpflichtung eingehen, die sämtliche anderen Mächte ebenfalls bindet? Niemand könne das im Ernst behaupten. Es ist schon lange her, daß wir dem politischen Mythos zu Liebe auf die wirtschaftliche Tatsache verzichtet haben. Mäße man also endlich einmal mit einem kräftigen Entschluß das ganze juristische Formelwerk über Bord werfen, in dem wir stecken.

W.D. Paris, 24. Juli. Das linksradikale Blatt „Paris Soir“ schreibt zu den Londoner Verhandlungen: Wir ernten heute die bitteren Früchte der Ruhrbesetzung. Poincaré glaubte das Weltgewissen herausfordern und gegen den Rat Englands und Amerikas zu Sanktionen schreiben zu können, die ohne Nutzen für uns waren und fast die europäische Wirtschaft und den schwachen, armeligen Frieden der Welt gewaltam zerstört haben. Jetzt wo zum Zwecke einer von Monnet zu Rom aufgeschobenen, umfassenden Regelung die Verhandlungen wieder eröffnet werden, erwachen Befürchtungen, denen wir nicht Rechnung getragen hatten und nicht beizulegen, die wir für erloschen hielten. Man verzicht uns nicht die Politik Poincarés und man gibt uns zu verstehen, bei unseren pfäffischen Methoden auf der Gut zu sein. Die Bankiers, denen der nationale Blod schließlich die Völker ausgeliefert hat, sind nicht die einzigen, die fragen, ob der Friede immer

und immer wieder von neuem mühselig gelöst werden muß. Auch die Republikaner und Sozialisten werfen diese Frage auf. Sie beschuldigen Poincaré, durch seine Kurzsichtigkeit und Gefühllosigkeit Frankreich noch einmal an den Rand des Abgrundes geführt zu haben.

Derriot soll nach Paris zurückkehren

Paris, 25. Juli. Der „Matin“ schreibt, der französische Ministerpräsident dürfe nicht Tag für Tag in London warten, bis die Lösung gefunden sei. Der Ministerpräsident verliere dort von seiner Würde, denn Frankreich, das durch seine Regierung repräsentiert werde, dürfe nicht auf Gnade oder Ungnade den täglichen Schwankungen einer technischen Auseinandersetzung ausgeliefert sein. Außerdem beantragte sich während dieser Konferenz die öffentliche Meinung und das Parlament in Frankreich. Sie würden irre, während Derriot selber in der Lage wäre, die zuzuliegenden Parlementsmissionen zu unterrichten. In London gebe es ausgezeichnete französische Sachverständige, die wohl imstande seien, unter Leitung des Finanzministers die Verhandlungen zu Ende zu führen. In 8, 10 oder 14 Tagen würde dann Derriot nach London zurückkommen und die Regierungen würden die Entscheidungen der Sachverständigen in ein allgemeines Abkommen aufnehmen, dann, aber auch erst dann könnten zweckentsprechenderweise die Deutschen gehört (1) und mit ihnen ein Vertrag geschlossen werden. Wenn diese Methode nicht angenommen würde, wenn alle Tage in technischer Auseinandersetzung der Londoner Konferenz die ungeheure Verantwortung der Regierung und die ganze allgemeine Politik, die von ihnen abhängig sei, wieder in Frage gestellt würde, ja, wenn die Stellung des französischen Ministeriums nach den Launen eines Bankiers sich richte, dann könne man nicht sagen, daß diese Konferenz sich in Würde vollziehe und ein glückliches Ende nehmen werde.

Die Eisenbahnfrage

Berlin, 24. Juli. Der anscheinend immer noch betriebene französische Plan, französische und belgische Eisenbahnen auch nach der Liquidation der Regie im Betriebe der rheinischen Eisenbahnen zurückzulassen, wird von sachverständiger Seite für undurchführbar bezeichnet. Jedes Witzsystem, wie die Durchsetzung des deutschen Eisenbahnpersonals mit fremdländischem Personal darstellt, müsse unfehlbar zu schweren Reibungen führen. Derartige Reibungen machen jedoch den Eisenbahnbetrieb im höchsten Grade unwirtschaftlich, denn der Bahnbetrieb verlangt Einordnung, Unterordnung sowie dienstfremde Zusammenarbeit aller Personalgruppen. Hier muß die Reichsbahn, wenn sie die ihr zugehörigen Reparationslasten tragen soll, ein ausschlaggebendes Gewicht legen, vor allem im rheinischen Verkehrsgebiet, von dem aus der Betrieb und Verkehr des ganzen übrigen Reichsbahngebietes bestimmt wird. Derartige französische Pläne sind daher praktisch undurchführbar und wirtschaftlich untragbar.

Die Einladung Deutschlands

Paris, 25. Juli. Der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ will gestern abend erfahren haben, daß Macdonald im Einverständnis mit den anderen Delegationsführern und nachdem er die juristischen Sachverständigen Frumagoet und Sir Cecil Hunt gehört hatte, die deutsche Regierung aufgesordert habe, sich bereit zu halten, Delegierte nach London zu entsenden.

Der „Daily Telegraph“ sagt, die juristische Kommission habe die genaue Form der Einladung an die Deutschen zu beschließen. Was die Punkte außerhalb des Versailler Vertrages betrifft, so handelt es sich darum, ob die Deutschen berechtigt sein sollen, auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu verhandeln oder soweit Punkte innerhalb des Versailler Vertrages in Frage kommen, nur beanspruchen können, von der Reparationskommission gehört zu werden. In französischen Kreisen wird erklärt, man werde in London die Verhandlungen mit den Deutschen auf die Punkte beschränken, die noch Auffassung der Alliierten über die Deutschland im Friedensvertrag auferlegten Pflichten hinausgehen, um so zu verhüten, daß die Gesamtprobleme, über die man sich nach schwierigen Verhandlungen im Lager der Entente geeinigt habe, ein zweites Mal aufgerollt werden. In allen übrigen Fragen, insbesondere hinsichtlich der Modalitäten der Durchführung, werde Deutschland an die Reparationskommission verwiesen werden, die für diesen Zweck vielleicht nach London berufen werden wird.

Die Räumung Kölns

London, 24. Juli. „Westminster Gazette“ schreibt, wenn der Dawesplan nicht mit der wirklichen Hoffnung auf Erfolg in Wirksamkeit gesetzt werden könne, so werde es weit besser für England sein, diese Tatsache sofort ins Auge zu fassen, und die Aufmerksamkeit der Ausarbeitung der anderen politischen Fragen zuzuwenden. In den nächsten Monaten

werde die Räumung Kölns durch England in Übereinstimmung mit dem Versailler Vertrag fällig. Wenn man zulasse, daß dieser Augenblick komme, ehe man die zukünftigen Rechte der englischen Politik geprüft habe, so könne man sich einer ersten und schwierigen Lage gegenüber befinden.

Deutscher Reichstag

Berlin, 24. Juli.

Gelegentlich eines kommunistischen Antrags für Aufhebung des Verbots der niedersächsischen Arbeiterzeitung in Hannover, den Abg. Kats mit schweren Beschimpfungen gegen Klose begründet, kommt es zu wüsten Lärmereien. Präsident Wallraf erkauft die Kommunisten wiederholt vergeblich, die Plätze einzunehmen und droht die schärfsten Geschäftsordnungsmittel an. Schließlich tritt Ruhe ein und der Reichstag geht zur

Fortsetzung der sozialpolitischen Aussprache

über. Abg. Biegler (Soz.): Wir müssen in der Sozialpolitik endlich aus dem Zustand der Verordnungspolitik herauskommen. Der Gesetzentwurf über die Arbeitslosenversicherung soll beschleunigt eingebracht werden.

Abg. Schwarzer (Soz.) erklärt, angesichts des Notstandes der Wirtschaft sei es nicht möglich, die in der Vorberichtszeit an sich berechtigten sozialpolitischen Forderungen in vollem Umfange zu erfüllen. Im Ausschuß sei die richtige Mitte der Linie gefunden worden.

Abg. Bormann (Wirtsch. Vgg.) verlangt eine Vereinfachung der sozialpolitischen Gesetzgebung.

Abg. Stod (Soz.) hält eine wirksame Sozialpolitik für unmöglich, solange das arbeitende deutsche Volk unter dem Druck der Inflation, der Ausbeutung durch das jüdische Wucherkapital schwerer unter der Drangsalierung durch den Feindbund schmachtet.

Damit schließt die allgemeine Aussprache.

In der Einzelberatung zur Invaliden- und Unfallversicherung wendet sich Abg. Gars (Soz.) gegen die Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten. Er stimmt den Ausschußanträgen zu.

Abg. Karsten (Soz.) tritt für die sozialdemokratischen Anträge ein, die die Renten über die Ausschußbeschlüsse hinaus erhöhen und zur Deckung eine Aufschlagssteuer und eine Erhöhung der Vermögenssteuer vorsehen wollen.

Die sozialdemokratischen Anträge auf Erhöhung der Einkommensteuer werden dem Steuerausschuß überwiesen. Nach Ablehnung der übrigen Anträge werden die Ausschußanträge zur Invaliden- und Unfallversicherung in zweiter Lesung angenommen.

In der Einzelberatung der Kriegsbeschädigtenfrage weist Abg. Buchhorn (Soz.) die Behauptung zurück, daß die unzureichende Versorgung der Kriegsbeschädigten durch die Sabotage der Kapitalisten verschuldet sei. Die deutsche Wirtschaft habe die Grenze ihrer steuerlichen Leistungsfähigkeit bereits überschritten.

Abg. Hoffmann (Soz.) bedauert die ungenügende Versorgung der Kriegsbeschädigten. Benigstens in diesem Falle wäre die Aufwertung eine Ehrenpflicht des Reiches gewesen. (Beifall.) Inzwischen haben die Kommunisten einen Einspruch gegen die dritte Beratung der Anträge zur Invaliden- und Unfallversicherung zurückgezogen. Ohne Debatte werden nunmehr die Ausschußanträge dazu in dritter Beratung angenommen.

Abg. Effer-Hamburg (Soz.) tritt für weitergehende kommunistische Anträge ein. — Die Abg. Dr. Volkmann (Soz.) und Thiel (Soz.) betonen, daß der Ausschuß der Finanznot des Reiches Rechnung tragen mußte. — Abg. Ahlemann (Soz.) bezeichnet die Ausschlußbeschlüsse als ein klägliches Almoosen. Zu Lärmjahren kommt es, als er Ludenthorff rühmt, wogegen sich die Sozialdemokraten und Kommunisten durch Zurufe und Lachen wenden.

Abg. Dr. Deuß (Dem.) betont, die verminderte Frage der Kriegsbeschädigtenfürsorge könne nur nach einer genauen Darstellung der Gesamtlage gelöst werden. In dieser Frage dürfe nicht um des Parteivorteiles willen mit agitatorischen Mitteln gearbeitet werden. Der Redner tritt für die Ausschußanträge ein. (Beifall Abg. Lohr (Soz.).)

Abg. Kunze (Soz.) wirft den Sozialdemokraten vor, sie hätten es niemals ernst gemeint mit der Erfassung der Kriegs- und Inflationsgewinne. Die Erfassung dieser Gewinne würde die notwendigen Mittel zur Hilfe für die Kriegsbeschädigten bringen.

In einer persönlichen Bemerkung weist Abg. Dr. Breitfeld (Soz.) den Vorwurf des Abg. Ahlemann zurück, der Zweck

seiner Pariser Reise sei Landesverrat gewesen. Ahlemann soll diese verleumdende Behauptung außerhalb des Hauses wiederholen, wenn er sich nicht dem Vorwurf der Freigebigkeit aussetzen will. (Große allgemeine Unruhe.)

Abg. Ahlemann (Soz.) erwidert, Breitfeld habe nach dem Ausbruch erklärt, er vertrete nicht die Interessen Deutschlands, sondern die Interessen der Welt. (Hört, hört! rechts.) Abg. Dr. Breitfeld entgegnet, daß er damals erklärt habe, indem er gegen den Ausbruch protestierte, vertrete er nicht nur die Interessen Deutschlands, sondern der ganzen Welt.

Abg. Hoffmann (Soz.) erwidert dem Abg. Ahlemann, daß unter den pensionierten Ministern sich nur zwei Sozialdemokraten befinden. Das Reich müsse aber für 6000 pensionierte Offiziere 180 Goldmillionen im Jahre aufbringen. 16 Mitglieder der nationalsoz. Fraktion bezögen noch heute Pension. Graf Reventlow, Wulle und Moß seien trotz ihres Kriegstauglichkeit nicht ins Feld gegangen.

Abg. Ahlemann (Soz.) erwidert, daß Wulle ein verkürztes Bein habe und daß Reventlow schwer herztanft gewesen sei. (Lärm bei den Kommunisten.)

Um 9 Uhr wird dann die Abstimmung auf Freitag vertagt. Die Verhandlungen gehen weiter, und zwar beim Abschnitt „Erwerbslosenfürsorge“. Nach weiterer Debatte beräumt Vizepräsident Dittmann nach 10 Uhr die nächste Sitzung auf Freitag mittag 12 Uhr an. Auf der Tagesordnung steht neben kleineren Vorlagen auch der Notetat.

Die Aufwertungsfrage

In der Sitzung des Ausschusses für Aufwertungsfragen erklärte der Staatssekretär des Reichsfinanzministeriums, Josef, daß das Finanzministerium auf dem Standpunkt stehe, daß es zu überlastet ist, um sich mit dieser Angelegenheit zu befassen und daß es von der öffentlichen Behandlung dieser Angelegenheit nur einen Anreiz zu weiteren Spekulationen sehe. Der Vertreter des Finanzministeriums erklärte, daß er keine weiteren Ausführungen hierzu zu machen in der Lage sei.

Der Personalabbau

Im Haushaltsausschuß des Reichstages sprach Finanzminister Luther sich gegen den sozialdemokratischen Vorschlag auf einseitige Auslegung der weiteren Durchführung des Personalabbaues aus. Der Ausschuß beschloß hierauf, alle vorliegenden Anträge über Einschränkung bzw. Aufhebung der Personalabbaubestimmung dem Interparlamentarischen Ausschuß zu überweisen, der seine Arbeiten auch während einer etwaigen Verlagerung des Reichstages nicht unterbrechen wird.

Politische Neuigkeiten

Reichskredite für die Landwirtschaft

Auf Grund der Verhandlungen, die das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit der Reichsbank und der preussischen Staatsbank geführt hat, sind der Landwirtschaft für die Vergütung der Ernte Kredite bereitgestellt worden. Die hierfür verfügbar gemachten Geldbeträge werden an die preussische Zentralgenossenschaftskasse, die deutsche Girozentrale, die Zentralgenossenschaftskasse u. a. an die Zentr. der Landesbanken beim Staatsbank der Länder weitergeleitet. In Übereinstimmung mit den Wünschen der Landesregierungen werden die gemeinsamen Organisationen für die Weiterleitung des Kredites Nichtlinien erhalten, damit bei der Quanspruchnahme und Bewilligung des Kredites eine entsprechende Berücksichtigung der Landwirtschaft der einzelnen Länder gesichert ist. Da es sich bei der eingeleiteten Kreditation um eine Maßnahme zur Behebung eines besonderen Notstandes handelt, ist es den Kredit weiterleitenden Kreditinstituten zur Bedingung gemacht worden, daß der Zinssatz, den der Kreditnehmer zu zahlen hat, grundsätzlich 13 Proz. betragen soll. Die Gewährung von Krediten für die Vergütung der Ernte erfolgt im Rahmen der verfügbaren Mittel. Für Landwirte, welche den Genossenschaften angeschlossen sind, durch diese Organisationen, für diejenigen Landwirte, welche mit diesen Organisationen nicht im Geschäftsverkehr stehen, durch die öffentlichen Sparkassen, Landwirtschaftsbanken und diejenigen öffentlichen Kreditanstalten (Landesbanken — Staatsbanken), welche von den Landesregierungen bezeichnet sind. Kreditanträge an Zentralstellen wie an das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft sind zwecklos und können nicht befriedigt werden.

Die Agrarzölle vor dem Reichswirtschaftsrat

Aber die Beratungen des wirtschaftspolitischen und des finanzpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates über die Zollvorlage der Regierung melden die Blätter, daß mit 29 gegen 22 Stimmen ein Gutachten der Arbeitnehmerabteilung

Die Schau Pforzheimer Werkkunst

und Ausstellung der Bad. Kunstgewerbeschule Pforzheim in der Bad. Landesgewerbehalle Karlsruhe

Man wundert sich eigentlich, daß die Wasserseide zwischen Eng und Pfingst bisher auch in der Kulturmitteilung so wirksam war und uns nicht schon früher einen umfassenden Blick in die mit jugendlichem Kunstempfinden verbundene Arbeit und Regsamkeit unserer nachbarlichen Goldstadt, des altbadi-schen Pforzheim tun ließ. — Freuen wir uns, daß nach vor-jährigem taftendem Vorläufer die Pforzheimer mal bei uns in größerer Zahl zu Gast sind u. dem übr. Baden u. jedem, der's sonst sehen will, fozusagen einen Einblick in ihre Kunstwerk-stätten gewähren. Das bisher beobachtete Hüten seiner Schaf-fählein vor neidvoll nachahmungsfähigen Augen ist der schwierigen Wirtschaftslage entsprechend durchaus begreiflich, doch verlangt dieselbe Wirtschaftslage wohl andererseits ab und zu auch ein Hervortreten, das dank des Hochstandes der Leistungen sich vor niemand zu scheuen und auch nicht zu hüten braucht, weil sich dieingewurzeltes und geübtes Kunst-schaffen vom bloßen Abgucken nicht gar so leicht nachahmen läßt.

Gleich im Vorraum empfängt uns zwischen Grün ein erfrischender Ostwind, nicht ohne weiteres dem Besucher verständlich und auch nicht ohne weiteres die Zukunft unserer Kunststrichtung bedeutend, jedoch original empfunden und bearbeitet. Vor leuchtend orangefarbener, halbrunder Nische steht eine durchaus neuzeitlich aufgefaßte, hartblau getönte Skulptur eines Mexkur, verlorperlichte Silhouette, Plastik in Telegrafennstil, wie eine der Eröffnungsansprachen die Auf-fassung des Künstlers erklärend bezeichnete, absichtliche Über-gebung jeden Details, künstlerisches Herausfühlen der charak-teristischsten Linien, wie sie in starker ausdrucksstärklicher Betonung des Bildhauers und Lehrers der Pforzheimer Kunst-gewerbeschule R. Kassebe auch noch an anderen später zu be-trachtenden Stücken eigenen und seiner Schüler Schaffens zu zeigen versteht.

Linker Hand ein Bild des Mingschülers Hugo Lindenberg, eine rein aufs Dekorative gehende Farbstudie, unter orna-mentaler Verwendung von Langblättern, mit geschickter und erreicher Tiefenwirkung, jedenfalls eine geniale Beherrschung der Palette beweisend.

Gegenüber ein dreifacher Akt als ungezierte, eindrucksvolle dekorative Zweden dienende Naturstudie des Kunstmalers und Lehrers der Pforzheimer Kunstgewerbeschule Amandus Goeckel.

Der anschließende Raum vor der Lichtofenhalle setzt die Frische des Aufstalles fort durch eine größere Zahl außerordentlich erfreulicher, mit viel Humor und Typencharakterisie-rungskunst geschaffener Filmplakate des Professors Bert Joss, die weber an ihrer Werbewirkung, noch an ihrer Auffassung und bewundernswerten Flottheit irgend etwas zu wünschen übrig lassen. Ein weiteres überleitendes größeres Farbblatt „Wesfel der Roben“ läßt ohne weiteres Joss können auch auf durchaus neuzeitlichen Bahnen dekorativer Malkunst wirksam werden, während der Direktor der Kunstgewerbeschule, Professor Anton Kling (aus Wien) in einem für Gobelintechnik brillant stilisierten, farbenfrohen Wille der Pforzheimer Al-tstadt ein Stück seines vielseitigen Kunstschaffens erkennen läßt.

In dem zur stärkeren Raumwirkung des Lichthofes zwischen-gelegten Flurstück der Halle ziehen die rechts und links in Flachdrucken gezeigten Arbeiten der Professor Gildbrandtschen Emailkassette, Erika Habermann und Hans Warnede, das Auge auf sich, die dem Hochstand Neuwiener und anderer Email-Malkunst durchaus ebenbürtig sind. Bierchalen und -teller, -gefäße und -platten, Dosen und ein Leuchter sind in schick-lichsten Formen für Emailkunst gebildet, die sich mit Erfolg teil-weise auch in Zellenstempel auswirken. Rechts und links der Schauständchen präsentieren sich von den Pforzheimer Archi-tekten R. Denzel, E. Döbler und Theodor Breckel, mit Schöp-fungen ihrer Kunst auf den verschiedensten Gebieten ihrer baukünstlerischen, sehr anerkennenswerten Betätigung.

Erweiterung der Schau Pforzheimer Werkkunst. Die am Samstag anläßlich der Tagung des Deutschen Werkbundes in der Bad. Landesgewerbehalle, hier eröffnete Schau Pforzheimer Werkkunst und Ausstellung der Bad. Kunstgewerbeschule, Pforzheim haben für die Zeit der Tagungsdauer (bis Samstag, 26. ds. Mts. einschließlich) einen weiteren sehr interes-santen Zuwachs bekommen. Die Deutsche Goldschmiedge-sellschaft Leipzig hatte zur Erlangung von Entwürfen und ausge-führte Vorarbeiten „für Großsilber und Besteck“ einen Ende vorigen Monats entschiedenen Wettbewerb ausgeschrieben, der in Form einer Wanderausstellung an den hierfür interessierten Städten gezeigt wird. Es ist erfreulicherweise gelungen, das Ergebnis dieses überaus rege besuchten Preiswettbewerbes (über 300 Arbeiten aus den meisten deutschen Kunstzentren, auch Wien; sogar aus Budapest, Zürich und Genf erfolgten Einsendungen) größtenteils hier — mit Unterbrechung seiner derzeitigen Ausstellung in Pforzheim — zur Schau zu stellen. Der Wettbewerb wird von den Pforzheimer Blättern wie von der Goldschmiedzeitung (Nr. 29 vom 19. Juli 1924) als einer der interessantesten bezeichnet und wird den Besuch der andern beiden, an sich schon außerordentlich sehenswerten Veranstal-tungen noch lobnender machen.

Die Thoma-Ausstellung in der Badischen Kunsthalle hat nunmehr eine geänderte Form gefunden, indem ein Teil der Werke aus dem Thoma-Museum mit Werken aus Privatbesitz vereinigt wurde, und nunmehr in dieser Form bis zum Sep-tember der Öffentlichkeit zugänglich bleibt. Gerade durch die Einbeziehung und Wiederaufhängung der hier befindlichen Hauptwerke des Meisters ist eine neue Einheit geschafft von einer Eindringlichkeit und Geschlossenheit, wie sie zur Zeit wohl an keiner anderen Stelle gesehen werden kann. Für kurze Zeit wird zwei Werke aus Karlsruhe Privatbesitz in der gleichen Umgebung aufgeführt: „Der Sämann“ und das „Tritonenpaar“.

Filmvortrag. Anläßlich der Tagung des Deutschen Werk-bundes findet am heutigen Freitagabend halb 9 Uhr im Kongresshaus (Bad. Lichtspiele) ein öffentlicher Vortrag des Herrn Dr. Goessel (Wien) statt über das Thema: „Was kann heute der Spielfilm?“. Es werden Proben der besten Filme und neuen Erfindungen vorgeführt und auf Grund dieser reichen Filmbeispiele die Möglichkeiten des Spielfilms er-örtert. An den Vortrag schließt sich eine Aussprache an. Der Verkauf der Karten (zu 1 M. und 1,50 M.) findet im Vor-verkauf (Muffhaus Müller) und an der Abendkasse statt.

abgelehnt wurde, das die Regierung auffordert, von der Ein-
führung der Agrarzölle zur Zeit Abstand zu nehmen. Dagegen
sind ein Antrag der Arbeitgeber Annahme, der es für not-
wendig hält, daß der Zeitpunkt für das Inkrafttreten der Agrar-
zölle unter Berücksichtigung der Entwicklung der wirtschaf-
tlichen Verhältnisse des Reiches gewählt wird.

Mit 27 gegen 16 Stimmen wurde eine Entschließung ge-
faßt, wonach die Absicht der Regierung, den einheitlichen
Schutz der gesamten nationalen Arbeit wiederherzustellen, ge-
billigt wird.

Tatsächliche Arbeitszeit in Deutschland

Am feitzustellen, in welchem Umfang von den Möglichkeiten
der Überschreitung der achtstündigen Arbeitszeit, welche die
Arbeitszeitverordnung vom 28. Dez. 1923 gibt, Gebrauch ge-
macht wird, stellte der Allg. D. Gewerkschaftsbund eine Er-
hebung über die tatsächliche Dauer der Arbeitszeit einschließlich
der geleisteten Überstunden an. Von der Erhebung wurden
42 122 Betriebe mit 2 453 523 beschäftigten Personen erfaßt.
Sie ergab, daß in der Woche vom 12. bis 17. Mai für etwa
zwei Drittel der Betriebe fast die Hälfte der beschäftigten Per-
sonen der Achtstundentag bestand. Ein Drittel der Betriebe,
mit etwas über der Hälfte der beschäftigten Personen machte
von den insbesondere in den neueren Tarifverträgen gegebenen
Möglichkeiten, die 48-Stundenwoche durch Überstunden zu
verlängern, Gebrauch. Das beweist, daß die Behauptung, in
Deutschland bestünde überhaupt kein Achtstundentag mehr, nicht
aufrechterhalten werden kann.

Eine Abrüstungsdebatte im englischen Oberhaus

RTB. London, 25. Juli. Biscourt Greig fragte im Ober-
haus den Präsidenten des Geheimen Rates, ob er Mittelungen
darüber machen könne, welche Fortschritte mit dem Plan
einer Einschränkung der Rüstungen gemacht worden seien.
Greig schlug vor, daß die Dominions gefragt und die öffentliche
Meinung des Landes sondiert würde, ob England nicht bereit
sei, gemeinsam mit den anderen Mächten eine Verpflichtung
einzugehen bezüglich der Auslegung der Artikel 10 und 16 der
Völkerbundsstatuten in dem Sinne, daß England in künftigen
Streitfällen bereit sein werde, die Völkerbundsstatuten
zu verletzen. Er meinte das ungefähr folgenbermaßen:
Frankreich, Deutschland, Italien und Großbritannien würden
eine Verpflichtung eingehen, daß, wenn zwei von ihnen mit-
einander Differenzen hätten und einer von ihnen die Benüt-
zung des Apparates des Völkerbundes zur Regelung des Streites
verweigere, die anderen endgültig mit ihrer ganzen Macht
auf die Seite des betreffenden Staates treten.

Im Namen der Regierung erklärte Lord Parmour, er habe
nicht den Wunsch, eine Lücke zu schließen, die zu einer wir-
kungslosen Behauptung künftiger Kriege führen könne. Es
gebe aber keinerlei Sicherheit, bevor eine allgemeine Verein-
barung betreffend die Abrüstungen erzielt sei. Niemand, der
das Problem geprüft habe, könne zu einer anderen Schluß-
folgerung gelangen, als daß eine allgemeine Abrüstung, die
sich auf alle Länder erstrecken wird, die einzig wirksame
Grundlage für eine dauernde Sicherheit in Europa biete. Es
müsse jede Anstrengung unternommen werden, um diese Ab-
rüstung zu Stande zu bringen. Wenn es einer Regierung mit
der Abrüstung ernst sei und wenn man sie als einzige
dauernde Garantie des Friedens wünsche, dann müsse man
aber die Länder in den Völkerbund hineinnehmen, die noch
nicht darin seien. Das britische Reich müsse als ein Ganzes
auftreten. Die Dominions hätten sich alle ausdrücklich gegen
den Plan gegenseitiger Unterstützung erklärt. Ferner würde
ein solcher Plan den Beitritt der Vereinigten Staaten zum
Völkerbund unmöglich machen. Das Ziel der britischen Regie-
rung sei ein internationales Zusammenwirken, um den inter-
nationalen Frieden zu fördern. Dies könne nur durch Wohl-
wollen und ein freundschaftliches Verhältnis der Nationen
untereinander erreicht werden. Ein Vertrag zur gegenseitigen
Unterstützung aber dürfe in direkt entgegengesetzter Rich-
tung wirken. Die Regierung könne diesem Vorschlag daher
nicht zustimmen.

Lord Cecil erklärte, wenn eine Nation sich entschließe, den
Frieden der Welt zu brechen, so müsse diese Nation davon zu-
rückgefallen werden und zwar wenn notwendig durch Gewalt.
Lord Balfour erklärte, man möge die Nationen, die der An-
sicht seien, daß sie nicht genügend Sicherheiten unter dem
Pakt in seiner gegenwärtigen Form erhalten können, einen
Vertrag untereinander ausdenken lassen, der naturgemäß vom
Völkerbund restriert werden müsse. Der Völkerbund fördere
den Frieden, arbeite jedoch unter Bedingungen, die von seinen
Mitgliedern niemals in Aussicht genommen wurden. Der Völ-
kerbund sei zwar ein Bund von Völkern, jedoch nicht aller Völ-
ker. Unter den Völkern, die ausgeschlossen worden seien, befän-
den sich drei der materiell größten und zwei der geistig größten
Völker der Welt.
Lord Greig zog darauf den Antrag auf Unterbreitung von
Dokumenten zur Abrüstungsfrage zurück.

Kurze Nachrichten

Die Finanzgebarung des Reichs. Vom 11. bis 20. Juli be-
trugen die Einnahmen bei der Reichshauptkasse rund 166,5
Millionen, die Auszahlungen 143,8 Millionen, mithin der
Überschuß rund 22,7 Millionen Goldmark. Damit verringert
sich der Gesamtzuschußbetrag seit dem 1. April auf rund 2,5
Millionen Goldmark. Der Erlös aus der Abgabe von Renten-
marktschlagwechseln weist für die genannte Zeit eine Zu-
nahme von rund 31,4 Millionen Goldmark auf.

Die Krise bei den bayerischen Nationalsozialisten. Bei der
am 22. Juli von der deutschen Arbeiterpartei in Nürnberg
abgehaltenen Versammlung wurde gegen 3 Stimmen ge-
schlossen, Streicher nicht mehr als Führer der bayerischen Be-
wegung anzuerkennen, und Hitler weiterhin die Treue zu
bewahren. Die Jugendmannschaft der Deutschen Arbeiter-
partei beschloß, Streicher aus der Partei auszuschließen.

Aber die Lage des Wohnungsmarktes in Bayern wurde im
Staatshaushaltsausschuß des bayerischen Landtages von Sozial-
minister Oswald mitgeteilt, in Bayern seien 100 000 Woh-
nungen zu wenig vorhanden. Im nächsten Jahre sollen 6 000
Wohnungen mit Darlehen aus öffentlichen Mitteln und 4 000
Wohnungen aus Privatmitteln neu erstellt werden. Der Auf-
wand bezifferte sich für 1924 auf 26,5 Millionen Mark.

Verurteilte Landesverräter. Vom 1. Strafenat des Kam-
mergerichts in Berlin wurden der Matrose Küster und der
Kapitänleutnant Burgdorf, die an Frankreich geheime Dienstbücher
über Marineflugzeugen verkauft hatten, wegen Landesver-
rats zu je acht Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust
verurteilt.

Verurteilter Separatist. Der 19jährige Arbeiter August
Ebel aus Münster, der Mitglied einer separatistischen Bande
in der Pfalz war, wurde vom Reichsgericht zu Leipzig wegen
Reichs- und Hochverrats zu vier Jahren Zuchthaus, 500 Mark
Geldstrafe und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Ankauf der elässischen Kalibergwerke durch die französische Re-
gierung. Die elässischen Kalibergwerke, die Deutschland ge-
hört und seit Kriegsende sequestriert waren, sind jetzt von
der französischen Regierung zu einem Kaufpreis von 200 Mil-
lionen Franken, in 20 Jahren zahlbar, erworben worden.

Italienscher-russischer Zwischenfall. Das Automobil der rus-
sischen Gesandtschaft in Rom wurde in der Nähe von Albano
von einer Gruppe Faschisten aufgehalten, welche die kleine
rote Fahne mit dem Wappen der Sowjets, die am Vorderteil
des Autos befestigt war, gewaltsam entfernten. Die Faschi-
sten wurden kurz darauf verhaftet und es wird gegen sie
streng verfahren werden.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Ein weiterer Tag für das Arbeitsministerium

Der ganze gestrige Tag gehörte dem Arbeitsministe-
rium. Zunächst nahm die Generaldiskussion einen Teil
der Vormittags-Sitzung in Anspruch. Dann setzte aber
sogar bei der Einzelberatung die Debatte wieder ein. Be-
sprochen wurde die Krankenversicherung, die landwirt-
schaftliche Berufsgenossenschaft, die Bekämpfung des Al-
koholismus, Erholungsfürsorge für Kinder, Gewerbeaufsicht,
wobei der Landesgeschäftsrat Dr. Jolly in die Debatte
gegriffen wurde, Arbeitszeit der Bäcker auf dem Lande,
Erwerbslosenfürsorge, Wohnungswesen ufm.

Damit waren die sozialen und Versicherungs-Positionen
erledigt. Nach dem erstatteten Ausschussbericht über
Wasser- und Straßenbau wurden Wünsche über die
Schiffarmachung des Oberrheins und die Regulierung
des Bodensees, ferner über den Zustand der Landstraßen
und Kreisstraßen laut.

Dann folgte eine längere Auseinandersetzung über den
Bad. Baubund und über ein ihm gewährtes staatliches
Darlehen bezw. die Rückzahlung. Sie zog sich bis 1/9
Uhr abends hin und füllte sogar noch ein Teil der heu-
tigen Vormittags-Sitzung aus. Zum Teil war die Aus-
sprache darüber lebhaft. Aber das Endergebnis war die
Genehmigung der Position nach dem Vorschlag des
Arbeitsministeriums.

DZ. Karlsruhe, den 24. Juli 1924.

Fortsetzung der Etatberatung

In der Nachmittags-Sitzung fand die Abg. Frau Blase (Soz.)
warne Worte des Dankes für das Schweizer Hilfs- und
die Cüsterhilfe. Sie wandte sich dann gegen die zweifels-
kommunizistische Taktik.

Abg. Wösch (Soz.) kritisierte das Verhalten deutscher Staats-
angehöriger in Schweizer Hotels.

Nach kurzen Bemerkungen der Frau Oberregierungsrat Dr.
Raum wurde Titel IV genehmigt.

Bei Titel V — Gewerbeaufsicht

wünschte Abg. Freidhof (Soz.) Erweiterung der Rechte der Gewerbe-
inspektoren.

Abg. Arnold (Soz.) fragte nach dem Gesetze über die Be-
rufskrankheiten und bemängelte die Tätigkeit des Landes-
geschäftsrats.

Abg. Fischer-Reichenheim (Landbund) regte an, den Bäl-
kern auf dem Lande das Baden ab 4 Uhr morgens zu ge-
statten.

Abg. Dörter (Soz.) forderte angesichts der vermehrten Un-
fälle eine Verschärfung der Baukontrolle. Der Bauarbeiter-
schutz sollte möglichst bald reichsrechtlich geregelt werden.

Minister Dr. Engler

erklärte, daß er über den Stand des Gesetzes, wodurch
die Berufskrankheiten den Unfällen gleichgestellt und die Be-
troffenen Renten erhalten sollen, keine Aufschlüsse geben
könne. Ein Abbau der Unfallversicherungsvorschriften werde
von der badischen Regierung entschieden abgelehnt. Gegen-
über der Kritik am Landesgeschäftsrat verwies der Minister noch-
mal auf die außerordentlichen Schwierigkeiten dieses Amtes
in der Jetztzeit. Dem Wunsch der Bäcker auf dem Lande
könne man wegen der Weiterungen nicht nachgehen.

In dem Streit um den Landesgeschäftsrat sprachen noch die
Abg. Dr. Dummel (Dem.), Klüder (Soz.) und Bod (Komm.).
Titel V wurde erledigt unter Vermehrung der Zahl der
Gewerbeinspektoren in Gruppe VII von 3 auf 4. Damit
wird einem Antrage auf Berufung eines Beamten für die
Landbauaufsicht entsprochen.

Längere, von den Kommissionen veranlaßte Erörterungen
knüpften sich an Titel VI, Arbeitsnachweis und Erwerbs-
losenfürsorge. Zur Abhaltung von Betriebsrätekursen wurden
5000 Goldmark bewilligt.

Bei Titel VII —

Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen

lam die Bauqualität im Grenzgebiet zur Sprache. Die deut-
schen Bauarbeiter sucht man durch Zahlung einer Grenzzulage
von der Abwanderung in die Schweiz abzuhalten.

Die Abg. Wösch (Soz.) und Dr. Glöckner (Dem.) traten da-
für ein, daß der Staat der Gemeinde Lörach ausreichende
finanzielle Hilfe leistet, seinen Ankauf eines von der Reichs-
bahndirektion in Angriff genommenen großen Dienstwohnge-
bäudes, das 30 Dienstwohnungen enthalten sollte und, nach-
dem infolge der geänderten Verhältnisse die Evaluierung von
Eisenbahnbeamten nicht mehr nötig ist, jetzt zur Linderung der
Wohnungsnot in Lörach Verwendung finden kann.

Zur Position — Grundstücksverkehr nach dem Reichs-
siedlungsgesetz — trugen die Abg. Dr. Schmitt-Karlsruhe (Ztr.)
und Walter-Weidberg (Soz.) Spezialwünsche vor.

Nach Erledigung des Titels VII wurde in die Beratung der
Positionen für den

Wasser- und Straßenbau

eingetreten. Abg. Amann (Ztr.) brachte das lebhafteste Interesse des Bo-
densgebietes an der Schiffarmachung des Oberrheins und
der damit zusammenhängenden Bodenregulierung zum
Ausdruck. Er erinnerte dabei an die schweren Hochwasser-
schäden der Ufergemeinden. Not tue auch der Ausbau des Stra-
ßennetzes am See. Wünsche nach Ausbau und Verbesserung
der Landstraßen äußerten ferner die Abg. Dr. Mayer-Karls-
ruhe (Dml.), Fischer-Unterlauchringen (Ztr.) und Dr. Matthes
(D. Wpt.), dieser speziell im Hinblick auf die künftige Bedeutung
des Autoverkehrs für unser Wirtschaftsleben.

Abg. Arnold (Soz.) nahm sich der Interessen der Straßen-
wärter an.

Der Präsident der Oberdirektion, Dr. Paul gab zu, daß sich
unser Landstraßen nicht in dem gewünschten Zustande befin-
den. Die Gründe dafür liegen in der Nachkriegszeit. Die
Wünsche aus der Seegegend usw. werde die Regierung nicht
aus dem Auge verlieren.

Abg. Fischer-Unterlauchringen benutzte die Gelegenheit, um
dem Straßenwärterstande ein lobendes Wort für Fleiß und
Ausdauer zu sagen.

In Verlauf der weiteren Aussprache bemerkte der Arbeits-
minister, die Wünsche nach Verbesserung der Landstraßen
seien begründet. Den Kreisen etwas zu geben, sei bei den zur
Verfügung stehenden geringen Mitteln nicht möglich. Wir
haben heute im Etat weniger für den Straßenbau eingestellt
als im Frieden. Da ist es kein Wunder, wenn es mit den
Straßen rückwärts geht. Wir werden dazu kommen müssen,
die Gelder der Friedenszeit wieder einzustellen und das Er-
trägnis der Kraftfahrzeugsteuer hinzunehmen, wenn eine nach-
haltige Verbesserung erreicht werden soll. Bis dahin hat es frei-
lich noch gute Weile.

Nach Erledigung sämtlicher Ausgabepositionen des Arbeits-
ministeriums im ordentlichen und außerordentlichen Etat
wandte sich das Haus den Einnahmen zu.

Hier begründete Abg. Gölacher (Ztr.) einen Antrag auf
vollständige Zurückzahlung des Darlehens an den Baubund in Höhe
von 200 000 Mark.

Abg. Bod beantragte nun — es war 1/8 Uhr —, die Sitzung
abzubrechen, da sich voraussichtlich eine längere Debatte über
den Gegenstand entspinne werde.

Das ganze beschloß indessen gegen die Stimmen der Linken,
die Beratung fortzusetzen.

Abg. Mauer (Landbund) teilte den Standpunkt des Abg.
Gölacher.

Minister Dr. Engler

legte in längerer Ausführungen dar, daß der Kampf gegen
den Baubund unberechtigt sei. Er bat dringend, es bei dem
Betrag von 100 000 M. zu belassen.

Um 8 Uhr teilte der Präsident mit, daß zu dem Thema noch
5 Redner gemeldet seien.

Abg. Dörter (Soz.) pflichtete dem Minister bei.

Ein abermaliger Antrag der Kommunisten auf Abbruch der
Sitzung fand nach dieser Rede keine Mehrheit, nachdem sich die
Reihen der Abgeordneten inzwischen sehr gelichtet hatten.
Weiterberatung Freitag vorm. 8 Uhr

Schluß gegen 1/9 Uhr.

DZ. Karlsruhe, 25. Juli.

In der heutigen Vormittags-Sitzung wird zunächst der Streit um den Baubund

ausgesprochen. Abg. Bod (Komm.) vertritt die Ansicht, daß das Handwerk
durch den Baubund nicht geschädigt werde.

Abg. Gölacher (Zentr.) bleibt dabei, daß der Baubund eine
Konkurrenz für die Schreinermeister darstelle, die der Staat
nicht unterstützen dürfe.

Abg. Kemmele (Soz.): Der Antrag Gölacher geht in der
Absicht, dem Handwerk zu dienen, daneben. Junge Leute,
aller Mittel bar, wenden sich bei Gründung ihres Hausstandes
an Abzahlungsgeschäfte, nicht zu ihrem Vorteil. Sie vor
Schaden zu bewahren, ist Zweck des Baubundes, dessen Auf-
trag dem badischen Handwerk zugute kommen. Der Red-
ner betont zum Schluß, daß es unser Unglück sei, daß jeder
Stand von sich glaube, die Allgemeinheit müsse ihm unter-
tan sein.

Abg. Siegelmaier-Oberlich (Zentr.) erklärt, daß ein Teil
seiner Fraktion gegen den Antrag Gölacher stimmen werde.
Der Baubund sei ein gemeinnütziges Unternehmen, das in der
Tatsache nicht entbehrt werden kann.

Es sprechen noch die Abg. Frau Unger (Komm.), Arnold (S.),
Duffner (Zentr.) und Frau Richter (Dm.), sowie Minister
Dr. Engler.

Der Antrag Gölacher, betreffend Erhöhung des Rückzah-
lungsbetrages von 100 000 auf 200 000 Mark, wird mit 21
gegen 19 Stimmen abgelehnt.

Bei der Position

Erhaltbeträge für Feldbereinigungsarbeiten

stellt Abg. Gebhardt (Landbund) ein erfreuliches Zusammen-
wirken von Ministerium und Landwirtschaftskammer fest.
Große Hoffnungen setzt er auf das neue Bodenverbesserungs-
gesetz. Im Interesse der rationalen Bewirtschaftung befür-
wortet der Redner die Zusammenlegung der Parzellen und
im Zusammenhang damit eine Revision des Feldbereinigungs-
gesetzes. Auch empfehle sich eine Änderung des Nearteilungs-
und Erbrechts.

Der Rest des Budgettitels passiert ohne Debatte.

Damit ist der Vorschlag des Arbeitsministeriums er-
ledigt.

Es folgt die Abstimmung.

Angenommene Anträge

Annahme finden: 1. ein sozialdemokratischer Antrag, zu
prüfen, ob für die Kindererziehung weitere 100 000 Mark im
Nachtrag eingestellt werden können;

2. ein dem. Antrag auf Änderung des Reichsversorgungsgesetzes
durch Erhöhung der Einkommenshöchstgrenze, um eine
Kürzung der Zusatzrente zu verhindern;

3. ein Zentrumsantrag, betr. Darlehensgewährung an die
Kriegsbeschädigten.

Der Landbundantrag, betr. das Nachbaderbot, wird auf
deutsch-nationale Anregung in der Weise geändert, daß das
Nachbaderbot für Wäckermeister auf dem Lande, die keine
Gehilfen und Lehrlinge beschäftigen, aufgehoben wird.

Darüber entspinnt sich eine lebhafteste Debatte, die mit der
Annahme des Antrages gegen die Linke bei Stimmenthaltung
des Abg. Dr. Glöckner endigt.

Angenommen werden ferner die Auswahlanträge betr. Er-
hebungen über den Krankenlastenaufwand im ersten Viertel-
jahr 1924 und Umstellung der Unfallrenten in Goldmark, so-
wie Anträge auf Befreiung der landwirtschaftlichen Angestell-
ten von der Beitragsleistung zur Erwerbslosenfürsorge, und
Prüfung der Frage, ob die Aufhebung der Ortskrankenkassen
Wonnendorf und Schönbau wieder rückgängig gemacht werden
kann.

Längere Erörterungen knüpften sich an einen inzwischen ein-
gegangen gemeinsamen Antrag der Deutschnationalen, der
Volkspartei und des Landbundes, wonach der Kredit für das
Arbeitsministerium infolge seiner Aufhebung nur bis zum
1. Oktober bewilligt werden soll.

Innenminister Kemmele

erklärt, daß der Antrag praktisch undurchführbar sei.
Nach vollzogener Auseinandersetzung soll in Form eines
Nachtrags auch eine budgetrechtliche Lösung der Angelegenheit
erfolgen.

Die Sache ist doch so, daß die Geschäfte des Arbeitsmini-
steriums auch nach dem 1. Oktober weitergeführt werden müs-
sen, wenn auch im Bereiche anderer Ministerien.

Der Antrag wird abgelehnt und darauf der Gesamtvor-
schlag des Arbeitsministeriums bei Stimmenthaltung der
Deutschnationalen und Volkspartei, sowie der Landbundes
angenommen.

Es folgt ein eingehender Bericht des Abg. Dr. Schmitt-
Karlsruhe (Zentr.) über den

Vorschlag des Ministeriums des Innern,

ausgenommen die Landwirtschaft.

Hierüber berichtet ausführlich Abg. Weishaupt-Pfullendorf (Ztr.), der die Annahme de
Vorschlags und folgende Anträge empfiehlt:

1. Das Ministerium des Innern wird ersucht, der Landwirt-
schaftskammer die Zustimmung zur Durchführung des von ihr
beabsichtigten Verfahrens zur Steigerung der Milchproduktion
zu erteilen;

2. die Regierung wird ersucht, die badische Milchverordnung nach Erlass der Reichsverordnung in freibildlichem Sinne abzuändern.

Der Berichterstatter schloß mit dem Hinweis auf die gegenwärtige Krise in der Landwirtschaft und die Wichtigkeit eines leistungsfähigen Bauernstandes für unser Wirtschaftsleben.

Eingegangen ist ein demokratischer Antrag, die Regierung möge in Berlin auf die Aufhebung des Besoldungssperregesetzes dringen.

Eine längere Geschäftsordnungsdebatte hatte zur Folge, daß auch heute nachmittag eine Plenarversammlung stattfindet. Der Samstag und Montag sollen für die Ausschüsse freibleiben und am nächsten Dienstag Vormittag wieder das Plenum zusammentreten. Schluß der Sitzung 1.15 Uhr.

Kommunale Rundschau

Die Stadtverwaltung Karlsruhe hat die für die Zuweisung von Baudarlehen zur Förderung des Wohnungsbaues im Frühjahr festgesetzte Summe von 500 000 Mark auf 1 190 000 Mark erhöht. — Die seit Jahren schwebende Streitfrage über die künftige Gestaltung des Ettlinger Torplatzes soll nun eine Lösung finden durch die Ausführung von Plänen des Prof. Billing. Der Bürgerausschuß wird in Kürze darüber zu befinden haben.

Die Zahl der Erwerbslosen im Amtsbezirk Mannheim betrug am 15. Juli 1924 8171 (5948 männliche und 2223 weibliche). Da am 8. Juli die Zahl der Vollerwerbslosen auf 7611 sich belief, ist eine Erhöhung um 560 eingetreten.

Der Bürgerausschuß Ettlingen setzte den Umlagefuß für Grund- und Hausbesitz von 44 auf 41 Pfg. und für das Betriebsvermögen von 60 auf 58 Pfg. herab. Ferner wurde ein englischer Anleihebetrag für Ettlingen von 200 000 Mk. gegen die Verpfändung der städtischen Werke und des städtischen Waldbesitzes genehmigt.

In der Bürgerausschussitzung zu Bühl wurde der Vorschlag mit 28 gegen 24 Stimmen angenommen und die Anlage zur Deckung des 62 000 Mark betragenden Fehlbetrages auf 35 Pfg. festgesetzt. Die Fremdensteuer wurde mit Wirkung vom 1. Juli aufgehoben.

Eingemeindung. Der Bürgerausschuß in Bodman vollzog am Samstag die Eingemeindung der Gemarkungen Mooshof, Weinhof, Bodmanwald und Stedelloch (Gräfl. v. Bodmansches Besitztum) mit einem Flächenmaß von insgesamt rund 600 Hektar.

Der Stadtverwaltung Böhrenbach ist es nunmehr nach längeren Bemühungen gelungen, ein ausländisches Darlehen im Betrage von 15 000 englischen Pfund (280 000 Goldmark) zu erhalten. Das Darlehen, dessen Verzinsung als mäßig bezeichnet werden kann, ist zum Teil bereits zur Auszahlung gelangt.

Aus der Landeshauptstadt

Einzahlungen auf Zahlkarten und Postanweisungen. Berliner Meldungen zufolge werden mit Ende dieser Woche auf Zahlkarten und Reichsmarkpostanweisungen bis zum Betrag von 40 Mark alle zugelassenen Zahlungsmittel angenommen.

Zur Bekämpfung des Kartoffelfäfers. Das badische Unterrichtsministerium hat angeordnet, daß die Schüler auf die Gefährlichkeit des Kartoffelfäfers, dessen Uebertritt auf deutsches Gebiet zu befürchten ist, aufmerksam gemacht werden.

Neue Lohnvereinbarungen im Brauereigewerbe. Nach einer Mitteilung des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter wurde mit den Mittelbadischen Brauereien und für verwandte Berufe eine neue Lohnvereinbarung abgeschlossen. Der Spitzenlohn für 8stündige Arbeitszeit beträgt ab 13. Juli 36 Mark pro Woche.

Stadt. Konzerthaus. Heute, Freitag, findet keine Vorstellung statt, doch ist die Kasse für den Vorverkauf für Samstag und Sonntag vormittags von 11 bis 1 Uhr und nachmittags von 4—6 Uhr geöffnet. — Morgen, Samstag, ist die letzte Aufführung der Operette „Die schöne Wäldin“ mit Kurt Schütt als Gast in der Partie des „Gyon“. — Sonntag ist die Erstaufführung des entzückenden Melodram-Singelspiels „Des Königs Nachbarn“ von Leon Jessel, dem durch sein „Schwarzwalddmäl“ bekannten Komponisten. Die Handlung ist amüsant und gibt eine Menge lustiger Auftritte, Gesänge und Tänze und die Musik von Leon Jessel, die sich dem jeweiligen Stilcharakter des Textes sehr geschickt anpaßt, ist reich an einschmeichelnden Weisen und flotten Schlagern. Leiter der Aufführung ist Direktor Sieffter; die musikalische Leitung hat Kapellmeister Mühl. In der Partie des „Peter“ wird Kurt Schütt sein letztes Gastspiel am Sonntag absolvieren.

Mit Zustimmung des Stadtrats und nach Vollziehbarkeitsklärung durch den Herrn Landeskommissar vom 16. Juni 1924 wird die Bauordnung für die Landeshauptstadt Karlsruhe vom 19. März 1912 wie folgt geändert:

1. Es wird zwischen § 38 und § 39 eingefügt:

„§ 38a.

Zu L. 1. d. § 30 Absatz 2.

Für einzelne Blöcke können rückwärtige Baugrenzen, sogen. hintere Baulinien, festgelegt werden. Über diese hinaus darf eine Bebauung nicht stattfinden. Zugelassen sind in dem von der Bebauung ausgeschlossenen Teil des Blocks nur noch Veranden, Gartenhäuschen und ähnliche kleinere Anlagen, welche den Gartencharakter nicht stören. Die Straßenstrecken mit festgelegter hinterer Baulinie sind in der Anlage 2 zu § 38a (Straßen mit hinterer Baulinie) aufgeführt und die Entfernung derselben von der festgelegten Baulinie dabei angegeben.“

2. Zu welcher Bauklasse die einzelnen Straßen oder Straßenstrecken gehören ist aus der Anlage I und bezüglich der hinteren Baulinie aus der Anlage II zu ersehen.

3. In Anlage I, Straßenverzeichnis zu § 106 der Bauordnung erhalten die Voelch-, Hirsch-, Jolly- und Moonstraße Stellen.

4. Hinter Anlage I wird eingefügt: „Anlage II.“

Straßen mit hinterer Baulinie.

Straße	Straßenbreite	Entfernung der hinteren Baulinie von der Baulinie in Meter
Voelchstraße, Ostseite und Moonstr.	zwischen Jolly- und Moonstr.	19,30
Hirschstraße, Westseite	zwischen Jolly- und Moonstr.	14
Jollystraße, Südseite	zwischen Hirsch- und Voelchstr.	18
Moonstraße, Nordseite	zwischen Hirsch- und Voelchstr.	14,60

Karlsruhe, den 23. Juli 1924. D. 3. 88

Badisches Bezirksamt Abt. III.

Kurze Nachrichten aus Baden

Von den badischen Hochschulen. Von Freunden und Schülern des verstorbenen Prof. Dr. E. Götze in Heidelberg wurde ein Götze-Gedächtnisfonds gestiftet, mit dem Zweck der Errichtung eines neuen Lehrstuhls für Staatswissenschaften, vornehmlich für Wirtschaftswissenschaften und Gesellschaftskunde des Auslandes an der philosophischen Fakultät der Universität Heidelberg. Der neue Lehrstuhl wurde dem Privatdozenten Dr. Edgar Salin übertragen.

Die badische Polizei bei den Sportwettkämpfen in Darmstadt. Wie die „B. Pr.“ meldet, nahm eine kleine Mannschaft der badischen Polizei an den diesjährigen Sportwettkämpfen der heftigsten Schutzpolizei in Darmstadt teil. Trotz der starken Konkurrenz konnte sich die Mannschaft durchsetzen und in fast allen Wettbewerben den ersten Platz behaupten.

D. 3. Bühl, 24. Juli. Einer Meldung des „Acher- und Wälder-Boten“ zufolge hat die Firma „Bühlag“, AG. für Schrauben- und Maschinenindustrie, am 21. Juli ihrer gesamten Belegschaft von ungefähr 100 Mann zum 2. August gekündigt. Zur Begründung dieser Maßnahme werden die Schwierigkeiten der Arbeits- und Geldbeschaffung angeführt.

D. 3. Triebens, 23. Juli. Die Vertrauensleute der drei Koalitionsparteien beschloßen in einer Vorbesprechung die Gründung einer Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold am hiesigen Ort.

D. 3. Konstanz, 24. Juli. Zum 13. badischen Kreisturnfest in Konstanz wird das große Festzelt schon am 8. August fertig gestellt sein und zu den nötigen Vorproben dienen. Bereits am 9. und 10. August finden dort, als würdige Einleitung, zwei große Vorführungen statt durch die Turnerschaften unter ihrem Leiter, dem würtembergischen Kreisrauenturnwart F. Zölde. Er wird mit etwa 30 jungen, gut durchgeübten Turnerinnen das neuzeitliche Frauenturnen zeigen, das weniger auf Kraft und Strenge abzielt, vielmehr auf Durchdringung und Beherrschung des Körpers in rhythmischen, geschmeidigen und graziosen Bewegungen.

DZ. Stuttgart, 23. Juli. Von den Zwei-Goldmark-Scheinen des würt. werbeständigen Notgeldes sind in letzter Zeit veranzahlte Fälschungen aufgetreten, die sich von den echten Scheinen dadurch unterscheiden, daß das S-Wasserzeichen des Papiers durch Aufdruck einer ähnlichen Zeichnung mit farblosem Fett vorgetäuscht ist.

Postbezieher

die den Bezug der Karlsruher Zeitung für den Monat August noch nicht erneuert haben, wollen dies unverzüglich besorgen, damit in der Lieferung keine unliebsame Unterbrechung eintritt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	25. Juli	26. Juli	27. Juli	28. Juli
Amsterdam 100 G.	160,20	161,00	160,10	160,90
Kopenhagen 100 Kr.	67,83	68,12	67,68	68,02
Italien . . . 100 L.	18,10	18,20	18,075	18,175
London . . . 1 Pf.	18,45	18,54	18,42	18,51
Newyork . . . 1 D.	4,19	4,21	4,19	4,21
Paris . . . 100 Fr.	21,50	21,60	21,45	21,55
Schweiz . . . 100 Fr.	77,06	77,44	76,91	77,29
Wien 100 000 Kr.	5,91	5,93	5,92	5,94
Prag . . . 100 Kr.	12,45	12,51	12,45	12,51

Notierung überall 100 Prozent

Wertbeständige Anlagen

Zur Anlage für Wundelgeder und als wertbeständige Effekten sind zugelassen:

Lehner Kurs: (in Millionen Mark)	
5% Badische Kohlenwert-Anleihe	ca. 10,25
6% Mannheimer Kohlenwert-Anleihe	ca. 10
5% Rhein-Main-Donau-Gold-Anleihe	ca. 2,15
7% Redartwerke Goldanleihe	ca. 2,10
5% Preussische Stahl-Anleihe pro 100 kg	ca. 2,55
5% Sächsische Roggen-Anleihe pro Pf.	ca. 3,1
5% Sächsische Zement-Anleihe	ca. 1,45
Dollarobligationen des Deutschen Reichs	ca. 81 Pr. d. B.
Goldanleihe d. Deutschen Reichs	ca. 4,2

Wichtig für Behörden, Geschäftswelt und Rechtsanwälte

Vor kurzem erschien:

Die Geschäftsaufsichts-Verordnung

Textausgabe nach dem Stand vom 14. Juni 1924

Bearbeitet von Theodor Harsch

Rechnungsrat im Justizministerium in Karlsruhe

Preis 50 Pfg.

Berlag G. Braun G. m. b. H., Karlsruhe i. B., Raifriedrichstraße 14

Druck G. Braun, Karlsruhe.

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungsstelle vom 22. Juli d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold 93 sh 11 d, bzw. für ein Gramm Feingold 36,2339 Pence.

Verabschiedung der Sparassensinzen. Nunmehr schreitet der „Frankfurter Blg.“ zufolge auch die Girozentrale zu einer Ermäßigung der Haben- und Sollzinzen bei Spar- und Giroassensinzen. Ursprünglich bestand die Absicht, den Habenzinzen trotz der momentanen Flüssigkeit für täglichem und Monatsgeld vorläufig aufrecht zu erhalten. Nunmehr werden beispielsweise bei den Berliner Giroassensinzen die Zinsen für täglichem Geld auf 6 Prozent und die Vergütung für Monatsgeld auf 12 Prozent reduziert. Den Anstoß gab wahrscheinlich das Vorgehen der Seehandlung, die ebenfalls eine Ermäßigung der Kreditzinzen ab 21. Juli hat eintreten lassen.

Süddeutsche Heu- und Strohpreise. Es notierten an der letzten Börse: Wiesenheu 4—5 (unw.), Rieseheu 4,5—5,5 (unw.), dachigegettes Stroh 3,5—4,25 (unw.) Mark pro 100 Kilo.

Staatsanzeiger

Verordnung (vom 24. Juli 1924)

Die Berufspflichten der Hebammen.

Der § 15 Absatz 2 der Dienstverordnung für die Hebammen (Anlage zur Verordnung, betreffend die Berufspflichten der Hebammen vom 9. Februar 1920 — Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 28 —) wird unter Aufhebung der Verordnung vom 21. Dezember 1921 Ziffer 1 — Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 543 — und der Verordnung vom 19. November 1923 — Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 351 — mit Wirkung vom 1. August 1924 wie folgt abgeändert:

Für die Teilnahme an diesen Kursen hat die Hebamme als Ersatz für Verpflegung und Wohnung täglich 2 Goldmark, sowie als Gebühr für den Leiter der Kurse 10 Goldmark und für die Oberhebamme 2 Goldmark zu entrichten. Die Gebühr für den Leiter der Kurse an der Landeshebammenlehranstalt und staatlichen Frauenklinik in Karlsruhe fließt in die Staatskasse. Für Gemeindehebammen haben die Gemeinden diese Kosten vor Beginn der Kurse der Hebammenschule einzufordern; außerdem haben die Gemeinden den Gemeindehebammen die durch die Teilnahme an den Fortbildungskursen erwachsenden Reisekosten zu erstatten, sowie die für den Fortbildungsunterricht erforderlichen Gegenstände, wie Lehrbuch, Hefte, Schreibzeug usw. zu beschaffen, ferner eine ausreichende Entschädigung — mindestens 1 Goldmark täglich — für entgangenen Verdienst und besondere Aufwendungen zu gewähren.

Karlsruhe, den 24. Juli 1924.

Der Minister des Innern Kemmle

Dem katholischen deutschen Frauenbund Hessens in Darmstadt wurde die Erlaubnis zum Losbetrieb in Baden erteilt. Karlsruhe, den 19. Juli 1924.

Der Minister des Innern Kemmle

Dem Zweigausschuß Baden für deutsche Jugendherbergen in Karlsruhe wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Geldlotterie erteilt. Pfingsttag: 31. Juli 1924.

Karlsruhe, den 17. Juli 1924.

Der Minister des Innern Kemmle

Bekanntmachung. Sammlung des Caritasverbandes für die Erzdiözese Freiburg zum Aufbau des Jugendherbergsheim Jägermatte. Die dem Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg E. V., Freiburg, Belfortstraße 20, erteilte Genehmigung zur Vorname von Sammlungen in Baden zum Wiederaufbau des abgebrannten Jugendherbergsheim Jägermatte wird bis zum 31. Dezember 1924 verlängert. Sammlungen von Haus zu Haus dürfen nicht stattfinden.

Karlsruhe, den 22. Juli 1924

Der Minister des Innern Kemmle

Dem Stadtdirektor in Weimar wurde die Erlaubnis zum Losbetrieb in Baden erteilt. Karlsruhe, den 22. Juli 1924

Der Minister des Innern Kemmle

Bürgerl. Rechtspflege a. Streitige Gerichtsbarkeit.

115. Karlsruhe. Über das Vermögen der Firma „Industrie und Landbau-Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Karlsruhe, Friedenstr. 18, wurde heute am 21. Juli 1924, nachmittags 5 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Richter Herr Carl Nagel hier wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 20. August 1924 bei dem Gerichte anzumelden. Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Mittwoch, den 27. August 1924, vormittags 11 Uhr. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an die Gemeinsschuldnerin zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auf-

erlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 20. August 1924 Anzeige zu machen.

Karlsruhe, 21. Juli 1924. Der Gerichtsschreiber des bad. Amtsgerichts A 3.

116. Karlsruhe. Über das Vermögen des Kaufmanns Emil Auhl, hier, Schützenstraße 14, wurde heute am 23. Juli 1924, vormittags 11 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Gemeinschuldner seine Zahlungsunfähigkeit zugegeben hat. Der Diplombkaufmann Eng hier, Wachtstraße 32, wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 20. August 1924 bei dem Gerichte anzumelden. Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubiger-

ausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf Dienstag, 5. August 1924, vormittags 10 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Dienstag, 2. September 1924, vormittags 10 Uhr. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an den Gemeinsschuldner zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 20. August 1924 Anzeige zu machen.

Karlsruhe, 23. Juli 1924. Gerichtsschreiber des bad. Amtsgerichts A 1.

Brennholz-Versteigerung des Bad. Forstamts Todmoos am Mittwoch, den 30. Juli 1924, vormittags 10 Uhr, im Gasthaus zum Löwen in Todmoos aus Domänenwaldungen von 2500 Ster Brennholz zur Hälfte Buchenholzer. 123 Kostautos ab Wehr 8⁰⁰ vormittags, ab Todmoos 4⁰⁰ nachmittags.

Karlsruhe, 23. Juli 1924. Gerichtsschreiber des bad. Amtsgerichts A 1.

Brennholz-Versteigerung

des Bad. Forstamts Todmoos am Mittwoch, den 30. Juli 1924, vormittags 10 Uhr, im Gasthaus zum Löwen in Todmoos aus Domänenwaldungen von 2500 Ster Brennholz zur Hälfte Buchenholzer. 123 Kostautos ab Wehr 8⁰⁰ vormittags, ab Todmoos 4⁰⁰ nachmittags.

Metallbetten

Stahlmatt, Kinderbett, direkt an Private, Katalog 78 R frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Zhr.)